

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

16. Oktober 2018

CDU-Juristen fordern mehr Verwaltungsrichter wegen Asylverfahren

Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde das Mitarbeiterpersonal des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um rund 4.000 Stellen aufgestockt. Rund 90 Prozent der abgelehnten Asylbescheide werden vor Gericht angefochten, im vergangenen Jahr über 300.000.

Diese hohe Anzahl stellt auch die Verwaltungsgerichte vor eine große Herausforderung. „Gesetze dürfen nicht nur erlassen, sie müssen auch durchgesetzt werden. Und dafür brauchen wir eine handlungsfähige Justiz“ erklärt der Vorsitzende des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) Dr. Alexander Ganter. Deshalb fordert der LACDJ im Nachtragshaushalt des Landes Baden-Württemberg weitere befristete Verwaltungsrichterstellen zu schaffen.

Das Justizministerium habe in den letzten drei Jahren die Verwaltungsgerichte personell erheblich verstärkt, lobt Ganter. Der Bundestag hat im Juli weitere 1.650 neue Stellen für das BAMF beschlossen. „Dies lässt einen Anstieg der offenen Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten des Landes befürchten“, so Dr. Ganter. Derzeit gäbe es bereits einen Rückstau von 41.000 Verfahren. Im Interesse aller Betroffenen müsse der Rückstau zügig abgebaut werden. Die Verwaltungsgerichte dürften nicht zum „Flaschenhals“ in den Asylverfahren werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger auf die Erledigung anderer Verfahren zu lange warten müssen. So ist es nicht hinnehmbar, wenn etwa eine Klage auf Erteilung einer Baugenehmigung zum Ausbau des Familieneigenheims erst nach zwei Jahren terminiert werden kann.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.